

Die Fraktion



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



SSW



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/3721

Ansprechpartner:
Thorsten Pfau, Referent
SPD-Landtagsfraktion
☎ 0431/ 988-1349

Kiel, 03.12.2014

Vorsitzende des
Innen- und Rechtsausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Frau Barbara Ostmeier, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Antrag zu TOP 7 der heutigen Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses: „Neue Wege für Schleswig-Holstein – A 20 endlich fertigstellen“ (Drs. 18/2248)

Sehr geehrte Frau Ostmeier,
wir schlagen folgende Entscheidung des Ausschusses nebst Begründungstext vor und bitte Sie, diese an die Mitglieder des Ausschusses weiterzuleiten:

Der Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags empfiehlt dem Landtag, den Antrag der Volksinitiative „Neue Wege für Schleswig-Holstein e. V. - A 20 endlich fertigstellen“, [Drucksache 18/2248](#), abzulehnen.

Begründung der Ablehnung:

1. Der Einsatz des Landtags ist für den Abschluss der Planungen irrelevant. Grundlage für den Abschluss der Planungen ist das Planungsrecht. Planungsfehler der Vorgängerregierung bei der Planung haben zu Verzögerungen geführt, die nur durch die Vorlage neuer, korrekter Planungen beendet werden können. Gerichtsfeste Planfeststellungsbeschlüsse können nur durch die Vorlage korrekter Planungen, die dem Stand der Technik und der aktuellen Rechtsprechung entsprechen, erreicht werden.
2. Eine Weiterplanung auf Basis der bisherigen Planungen ist nicht möglich, da die Auswirkungen des A20-Urteils vom 6.11.2014 zum A20-Abschnitt Weede - Wittenborn Überarbeitungen der Planunterlagen bedingen und es eben diese bisherigen Planungen waren, die vor Gericht keinen Bestand hatten. Daher wäre eine Fortführung auf Basis dieser Planungen nicht geeignet, um das von der Initiative gesetzte Ziel zu erreichen.
3. Die A20 ist nach Auffassung des Schleswig-Holsteinischen Landtags ein wichtiges Infrastrukturprojekt. Ein „absoluter Vorrang“ vor anderen Verkehrsprojekten ist jedoch nicht gegeben. Auch andere große Verkehrsprojekte, unter anderem der Ausbau der A7, das Brückenprojekt Rader Hochbrücke, die Fehmarnsundquerung, die Vorhaben im Schienennahverkehr, die teilweise gemeinsam mit Hamburg umgesetzt werden und insbesondere der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals inklusive Schleusen-Sanierungen zählen zu den zentralen Infrastrukturprojekten im Verkehrsbereich.
4. Der von der Initiative gesetzte Zeitrahmen von fünf Jahren ist vollständig unrealistisch für komplexe Infrastrukturprojekte, die gerichtsfest geplant und mit hoher technischer Qualität umgesetzt werden sollen.

gez. Dr. Kai Dolgner, MdL
gez. Burkhard Peters, MdL
gez. Lars Harms, MdL